

Aus Bund und Ländern

Medizingeräte: Übergangsfrist endet

STUTTGART. Am 31. Dezember 1994 endet die Übergangsfrist für das Inverkehrbringen von medizintechnischen „Altgeräten“ gemäß Paragraph 28.2 der Medizingeräteverordnung (MedGV). Das hat weitreichende Konsequenzen für Arztpraxen und Krankenhäuser: Vom 1. Januar 1995 an muß für Medizingeräte der Gruppe 1 eine Betriebserlaubnis vorliegen. „Wird der Termin versäumt“, teilt die Sachverständigenorganisation Dekra mit, „dann dürfen diese Geräte nicht mehr betrieben werden“.

Nach den Bestimmungen ist der Termin für die Erlangung einer Betriebserlaubnis eigentlich längst abgelaufen. Die Übergangsvorschriften sollten nur in den neuen Bundesländern Gültigkeit haben, wurden aber auch von Ärzten in den alten Ländern in Anspruch genommen. Fachleute gehen davon aus, daß etliche Gerätebetreiber auch sechs Jahre nach dem offiziellen Fristende noch keine Betriebserlaubnis erworben haben. Wer also noch Fragen zu „Altgeräte-Spätfällen“ klären möchte, kann sich wenden an: Dekra AG, Stuttgart, Telefon 07 11/78 61-25 64. EB

Public Health in München

MÜNCHEN. Die Medizinische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München beginnt im Sommersemester 1995 zum dritten Mal einen zweijährigen Postgraduierten-Studiengang „Öffentliche Gesundheit und Epidemiologie“. Er wird vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gefördert. Die bisherigen Erfahrungen sind nach Angaben der Fakultät überzeugend, die Berufsaussichten

Berichtigung

Falsche Dosisangabe von Methadon-Racemat

Im Heft 47 des Deutschen Ärzteblattes (25. November 1994) ist der Redaktion im Artikel „Substitutionstherapie von Opiatabhängigen: Mit Methadon-Racemat Anpassung an den internationalen Standard“ ein Fehler bei der Dosierungsangabe von Methadon-Racemat unterlaufen.

Im Rezepturvorschlag zur Herstellung von Methadonsirup, als Anhang zum Aufsatz plaziert, wurde die Dosierung von DAB 10 (Racemat) fälschlicherweise mit 0,5 mg angegeben. Korrekt ist hingegen eine Dosis von 0,5 Gramm. Wir bitten unsere Leser, diesen Fehler zu entschuldigen und sich am nachfolgenden Rezepturvorschlag zu orientieren:

DAB 10 (Racemat)	0,5 g
Kirschsirup	30 ml
konserviertes Wasser ad	100 ml
	DÄ

der Absolventen günstig. In den Studiengang werden neben Ärzten mit Berufserfahrung auch Absolventen anderer Fachrichtungen aufgenommen. Bewerbungsschluß ist der 31. Dezember 1994.

Informationen und Bewerbungsunterlagen können angefordert werden beim Sekretariat des Postgraduiertenstudiengangs Öffentliche Gesundheit und Epidemiologie, Marchioninstraße 15, 81377 München, Tel 0 89/70 95-44 92; Fax: 70 10 00 EB

SOS-Notrufzentralen sollen bundesweit eingerrichtet werden

FRANKFURT/M. Nach einem erfolgreich verlaufenen Test im Großraum München will die SOS Notruf GmbH jetzt national spezielle, flächendeckende Notrufsysteme einrichten. Geplant ist, bis zum Jahr 2000 acht Landeszentralen und insgesamt 250 regionale Notrufzentralen zu etablieren, mit deren Hilfe es Senioren und hilfsbedürftigen Personen möglich werden soll, von zu Hause aus Notfallhilfe herbeizurufen. Der Service soll rund um die Uhr angeboten werden.

Jede der regionalen Notrufzentralen verfüge über alle gesundheitsrelevanten Da-

ten der SOS Notruf-Benutzer, teilt die GmbH mit. Diese Vorabinformationen erlaubten es schon im Vorfeld, gezielte Hilfsmaßnahmen einzuleiten.

„Die Einrichtungen können geleast, gemietet oder auch käuflich erworben werden“, erklärt die SOS Notruf GmbH.

Als Mitarbeiter seien in erster Linie fachkundige Personen aus Pflegeberufen tätig, die alle mindestens eine Ausbildung zum staatlich geprüften Sanitäter hätten. Eine Ethik-Kommission soll dafür sorgen, daß alle SOS-Notrufzentralen einer ständigen Qualitätskontrolle unterzogen werden. EB

Kritik an Grundschulgutachten

BIELEFELD. Das heutige „Grundschulgutachten“ ist nach Ansicht des Bielefelder Jugendforschers Prof. Klaus Hurrelmann völlig überholt. Schulische Stellungnahmen mit ungenauen und unsicheren Aussagen verdienen den Namen „Gutachten“ nicht. Die endgültige Entscheidung über den Besuch der weiterführenden Schulformen Hauptschule, Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule sollte einzig und allein bei den Eltern liegen, forderte Hurrelmann.

Unter dem hohen Erwartungsdruck der Eltern verliert nach Einschätzung des Bielefelder Wissenschaftlers das Gutachten der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer im vierten Schuljahr immer mehr seine orientierende Funktion. In den meisten Bundesländern würden heute schon 80 bis 90 Prozent der Kinder als „geeignet für Realschule oder Gymnasium“ begutachtet.

Hurrelmann fordert eine stärkere inhaltliche Beratung der Eltern nicht nur durch die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer, sondern auch durch Ärztinnen und Ärzte der Gesundheitsämter und aus Kinderarztpraxen. EB

Geriatric der kurzen Wege als Ziel

OBERHOF. Die geriatricische Versorgung in Thüringen soll in der kommenden Legislaturperiode stärker gefördert werden. Das teilte der Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Soziales und Gesundheit, Heinz F. Benner, auf der Herbsttagung der Landesgruppe Thüringen des Verbandes der Krankenhausdirektoren Deutschlands e. V. in Oberhof mit. Dabei komme der flächendeckenden ambulanten Versorgung durch Allgemeinärzte eine besondere Bedeutung zu.

In Zukunft sollten vermehrt Fort- und Weiterbildungen veranstaltet werden, die der Bedeutung des Fachs als „angewandte interdisziplinäre Wissenschaft“ gerecht werden. Im stationären Bereich müsse die flächendeckende Versorgung mit geriatricischen Behandlungsangeboten eine größere Wohnortnähe bieten. Statt in fünf oder sechs Schwerpunktstandorten sollten deshalb alte Menschen in Zukunft auch in ausgewählten Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung qualifiziert geriatricisch versorgt werden. Wiehl